Datum: 30. Mai 2024

Friedbert Meurer im Gespräch mit Anja Schulz

Meurer: Die Bundesregierung hat gestern nichts weniger als eine neue Rentenreform beschlossen. Keine Kleinigkeit. Es geht um Millionen Rentnerinnen und Rentner heute und in Zukunft und wie das alles finanziert werden soll. Zentral ist, das Rentenniveau soll mit mindestens 48 Prozent garantiert werden. Dafür steigen aber die Rentenbeiträge mehr als sonst vorgesehen. Das Ganze soll dadurch etwas abgemildert werden, dass parallel ein Kapitalstock gebildet wird und der wird in Aktien angelegt. In der FDP-Bundestagsfraktion, und nicht nur dort oder sonst in der Partei, gibt es da doch einigen Unmut über diese Rentenpläne, denen aber Bundesfinanzminister Christian Lindner, der FDP-Chef, zugestimmt hat. Wie denkt man jetzt in der FDP-Fraktion? Haben wir jetzt Gelegenheit zu erfahren im Gespräch mit der rentenpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Anja Schulz, hallo und guten Morgen.

Schulz: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Werden Sie das Rentenpaket, so, wie es jetzt ist, ablehnen?

Schulz: Uns ist wichtig natürlich im parlamentarischen Verfahren, dass wir uns genau angucken die Themen, die gerade angesprochen wurden, wie es denn dauerhaft für alle Beteiligten gut finanziert werden kann. Ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir mit dem Generationenkapital jetzt den Einstieg in die Aktienrente schaffen und damit auch einen Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik. Denn wir lösen uns damit von der Umlagefinanzierung. Wir machen uns ein wenig unabhängiger von den demografischen Entwicklungen im Land und haben so die Möglichkeit, wirklich für alle Beteiligten, für Jung und für Alt, ein besseres Standbein, zweites Standbein zusätzlich aufzubauen.

Meurer: Diese anderen Ideen, über die kurz zu reden, also die Forderung von der FDP zu sagen, die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren, vulgo Rente ab 63, 64, 65, das soll weg. Das ist aussichtslos, an dieses Thema heranzugehen?

1

Deutschlandfunk Ein Programm von Deutschlandradio Raderberggürtel 40 50968 Köln **Schulz:** Na ja, für uns ist wichtig, wenn wir uns mit dem Thema der Rente beschäftigen, dass wir das wirklich vollumfassend machen. Und Reformen sind unserer Meinung nach noch in weiteren Bereichen wichtig, denn selbst, wenn wir ein Rentenniveau bei 48 Prozent festschreiben würden, müssen wir uns die Frage stellen, ob diese Rente dann ausreichend ist auf Dauer. Ich glaube, ganz wichtig ist, dass wir auch Reformen in weiteren Bereichen anstreben, dass wir die betriebliche Altersvorsorge verbessern und auch die private, damit wir Anreize schaffen, damit die Menschen die Möglichkeit haben, privat vorzusorgen. Das gilt natürlich nicht für alle. Aber diejenigen, die es können, denen sollten wir mehr Möglichkeiten bieten. Da ist es wichtig, dass wir dort auch vorankommen.

Meurer: Hätte die FDP nicht sozusagen ganz groß auftreten sollen und sagen, das geht nicht, das ist nicht generationengerecht, dass jetzt die Beiträge doch recht steil ansteigen werden auf über 22 Prozent?

Schulz: Also das Generationenkapital würde dazu führen, dass die Beiträge reduziert werden. Deswegen erkennen wir da schon, dass der Kapitalmarkt der richtige Weg ist in diesem Bereich. Allerdings führt wirklich diese dauerhafte Festschreibung zu einer Mehrbelastung für die Beitragszahler.

Meurer: Also dauerhafte Festschreibung auf mindestens 48 Prozent meinen Sie im Rentenniveau?

Schulz: Genau, richtig. Und das müssen wir uns noch mal genau angucken im parlamentarischen Verfahren, weil der Punkt für uns ist, dass es generationengerecht für alle Beteiligten sein muss.

Meurer: Da wird ja die SPD schon gar nicht zustimmen, wenn Sie an den 48 Prozent rütteln wollen. Das ist ja zentral.

Schulz: Es gibt ja verschiedene Mechanismen, wie man Dinge verbessern kann. Und das gucken wir uns jetzt in Ruhe an mit allen Beteiligten. Ich glaube, das ist auch völlig normal, dass man darüber diskutiert. Dafür sind wir Politiker. Dafür sind wir Parlamentarier, dass wir Dinge, die uns vorgeschlagen werden, noch mal ganz kritisch wirklich uns angucken.

Meurer: Mich würde es interessieren. Welche Idee haben Sie da, die 48 Prozent so nicht in Stein zu gießen?

Schulz: Das wird sich jetzt im parlamentarischen Verfahren dann zeigen. Das machen wir natürlich in Ruhe, hinter verschlossenen Türen, dass wir darüber diskutieren werden, welche Möglichkeiten da noch zur Alternative dastehen. Für uns ist beispielsweise weiterhin das Thema, das Generationenkapital ist ein Einstieg in die Aktienrente nach schwedischem Vorbild. Das heißt also, wir möchten am besten, dass jeder individuelle Beitragskonten hat, wo erkennbar ist, dass er einen Mehrwert hat, dass sich die Rente für ihn dann auch später erhöht. Das funktioniert in Schweden hervorragend und das wäre ein Thema, mit dem wir uns auch noch mal intensiver beschäftigen sollten.

Meurer: Also reden wir, Frau Schulz, über das Generationenkapital. Die Bundesregierung will Schulden aufnehmen. Insgesamt sollen 200 Milliarden Euro angelegt werden an der Börse. Und jährlich soll dann irgendwann eine Rendite von zehn Milliarden Euro herauskommen. Mal ganz grundsätzlich, diese Idee mit einer anderen Zusatzfinanzierung zur Umlage war doch schon – sagen Kritiker – mit der Riester-Rente ein Rohrkrepierer.

Schulz: Ich glaube, das kann man so in der Form nicht vergleichen, denn die Riester-Rente hinkt an vielen anderen Dingen. Da waren es vor allem Vorgaben, politische Vorgaben, die gegeben wurden, sehr starke Regulatorik, die dazu geführt hat, dass das Geld kaum richtig intensiv am Kapitalmarkt angelegt werden konnte, weil aufgrund einer Beitragsgarantie von 100 Prozent das für die Gesellschaften sehr schwierig war, diese Garantien wirklich auszusprechen, aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Entsprechend wollen wir ja mit dem Generationenkapital, was langfristig am Kapitalmarkt angelegt wird, schon dynamischere Möglichkeiten nutzen.

Meurer: Geschätzt wird, dass Einnahmen jährlich herauskommen von zehn Milliarden Euro. Die Pläne aber sind um ein Vielfaches teurer, der Bundesregierung. Sind die zehn Milliarden Euro ein Tropfen auf den heißen Stein?

Schulz: Vorstellbar wäre natürlich, dass dort mehr einfließt in dieses Generationenkapital, aber um es mal ungefähr auszurechnen, also es würde dazu führen, dass der Beitragssatz um 0,3 Prozentpunkte bzw. ab 2040 dann um 0,4 Prozentpunkte weniger stark ansteigt. So, und ein Beitragssatzpunkt, um das mal vielleicht als Zahl zu haben, macht ungefähr für die Beitragszahler und für die Arbeitgeber im Jahr 16 Milliarden aus.

Meurer: Die Zahlen gelten wahrscheinlich, also, dass man 0,3, 0,4 Prozent die Beiträge senken kann, dafür, wenn das Geld optimal angelegt wird. Frau Schulz, jetzt sagen die Grünen, diese 200 Milliarden müssen nach ethischen Gesichtspunkten angelegt werden. Was sagt die FDP dazu?

Schulz: Ich glaube, üblich ist heute, dass man sogenannte ESG-Kriterien einhält. Das ist völlig normal. Das macht der einzelne Verbraucher in der Regel und das ...

Meurer: Und das heißt was? Was heißt das?

Schulz: Dass man darauf achtet, dass es nach ethischen Gesichtspunkten angelegt wird, also dass vielleicht in bestimmte Assets nicht angelegt wird. Allerdings ist für uns dabei wichtig, dass wir diesen Rahmen so offen wie möglich halten und nicht sehr eng gestalten. Denn in dem Moment, wo wir heute sehr, sehr enge Vorgaben machen, sich die Zeiten aber wieder ändern, haben wir dann Herausforderungen, da zu reagieren. Und den Profis vom KENFO, die das Geld später verwalten sollen, soll möglichst viel Freiheit gegeben werden.

Meurer: Dürfte dieser Verwalter also beispielsweise Aktien von Rheinmetall kaufen? Reden ja alle drüber, weil Rheinmetall jetzt Borussia Dortmund sponsert und die Aktien in den letzten zwei Jahren wegen Ukraine-Krieg um das fünffache angestiegen sind. Dürfte diese Stiftung das machen in Zukunft?

Deutschlandfunk Ein Programm von Deutschlandradio Raderberggürtel 40 50968 Köln **Schulz:** Das gucken wir uns ganz genau an. Allerdings haben Sie da jetzt ja ein sehr gutes Beispiel genannt, wie sich Zeiten ändern können. Wir sind in herausfordernden Zeiten. Niemand hat damit gerechnet, dass wir innerhalb Europas noch mal wieder einen Krieg haben werden. Und Rüstungsindustrie war vor einigen Jahren sicherlich nicht nachhaltig. Inzwischen müssen wir sagen, steht sie für unsere Verteidigung, für unsere Sicherheit.

Meurer: Abschließend, Frau Schulz, gehen Sie jede Wette ein, die FDP-Fraktion wird am Ende natürlich zustimmen im Bundestag?

Schulz: Na ja, Wetten, glaube ich, sollte man bei solch relevanten Themen definitiv nicht eingehen, sondern ...

Meurer: Dann sagen wir mal, die Wahrscheinlichkeit ist hoch.

Schulz: Wir wollen auf parlamentarischer Basis unsere Punkte auf jeden Fall einbringen. Wir möchten da noch mal auf die Herausforderungen wirklich genau eingehen. Wir sehen da definitiv noch Handlungsbedarf an den Stellen, wenn es darum geht, dass der Beitragssatz für junge Generationen steigen wird. Das halten wir nicht für richtig. Das halten wir nicht für Generationengerecht und entsprechend erwarten wir, dass dort Änderungen noch vorgenommen werden.

Meurer: Die rentenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Anja Schulz bei uns heute bei Morgen im Deutschlandfunk. Besten Dank, Frau Schulz, tschüss und auf Wiederhören.

Schulz: Herzlichen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln
Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de